

Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

IWF bewilligt Millionen-Kredit

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Pakistan einen Kredit in Höhe von 596 Millionen Dollar (rund 860 Millionen Mark) bewilligt. Die Finanzspritze zugunsten Islambads wurde in Washington laut Agenturmeldungen als Maßnahme zur Unterstützung der ökonomischen Reformbemühungen der Bhutto-Regierung gerechtfertigt. Die pakistanische Regierung versuche mit ihrem Programm das Handelsdefizit abzubauen, die Inflationsrate zu senken, den Handel zu liberalisieren und den Haushalt zu reformieren, lobte die IWF-Zentrale die im Lande selbst heftig kritisierte Wirtschaftspolitik der Bhutto-Administration. Für neuen Unmut in der Bevölkerung sorgte unterdessen eine weitere Abwertung der Rupie um sieben Prozent. Dadurch verteuern sich automatisch viele Importwaren, darunter wichtige Lebensmittel wie Weizen und Speiseöl oder auch Tee.

Neuer Armeechef ernannt

Mit Wirkung vom 12. Januar hat Staatspräsident Farooq Leghari Generalleutnant Jahangir Karamat zum neuen Armeechef ernannt, der damit den bisherigen Amtsinhaber Abdul Waheed vom einflußreichsten Posten, den die pakistanische Politik zu vergeben hat, ablöst. Gleichzeitig endeten damit monatelange Spekulationen über eine mögliche Verlängerung der Amtszeit Waheeds um ein weiteres Jahr, was aufgrund der herrschenden Unsicherheiten, auch im Kontext des immer noch nicht vollständig aufgeklärten Putschversuchs im Herbst letzten Jahres, bereits Ausmaße einer Staatskrise angenommen hatte. Vor allem Premierministerin Benazir Bhutto versuchte den als unpolitisch geltenden Waheed mit allen Mitteln zu halten, um unliebsamen Überraschungen mit einem weniger berechenbaren Nachfolger aus dem Weg zu gehen. Abdul Waheed lehnte jedoch das ungewöhnliche Angebot der PPP-Regierung nach reiflicher Bedenkzeit ab, und erntet deshalb aufgrund seiner selbstlosen und demokra-

tiefreundlichen Haltung zu seinem Abschied das einhellige Lob der Kommentatoren.

Die Wahl von Jahangir Karamat als Nachfolger stößt gleichfalls bei Regierung, Opposition, Armee und Medien auf wohlwollende Zustimmung. Bedenken mancher Beobachter, daß Bhutto die Gelegenheit mißbrauchen könnte, um einen PPP-Gefolgsmann an der Hierarchie der Generalität vorbei an die Spitze des Militärapparates zu hieven, bestätigten sich nicht: Der Punjabi Karamat, Jahrgang 1941, hat eine glanzvolle militärische Bilderbuchkarriere durchlaufen und gilt als belesener, sprachbegabter Mann mit liberalen und moderaten Ansichten. Seit 1994 war er bereits Chef des Generalstabes und damit Stellvertreter seines Amtsvorgängers.

Bruder des MQM-Chefs ermordet

Der ältere Bruder des im Londoner Exil lebenden MQM-Vorsitzenden Altaf Hussains, Nasir Hussain, ist am 9. Dezember zusammen mit seinem Sohn Arif ermordet aufgefunden worden. Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazines 'Newsline' wiesen beide Leichen zahlreiche Schußverletzungen und Folterspuren auf. Die beiden Männer, die nicht der MQM angehörten und als politisch inaktiv galten, waren einige Tage zuvor spurlos verschwunden. Familienangehörige behaupteten gegenüber pakistani-schen Journalisten, daß Polizisten oder Ranger Nasir und Arif Hussain in ihren in verschiedenen Stadtteilen gelegenen Häusern aufgesucht und abgeführt hätten. Von Beobachtern in Karachi wird nicht ausgeschlossen, daß die Morde tatsächlich auf das Konto der Sicherheitskräfte gehen. Für diese These spricht, daß zwei Wochen zuvor, am 23. November, ein Bruder des sindhischen Ministerpräsidenten Abdullah Shah vor seiner Residenz von Heckenschützen niedergeschossen wurde. Kenner der Situation prophezeien, daß diese wechselseitigen Feme-morde an unbeteiligten Familienmitgliedern wichtiger Protagonisten des Konflikts eine weitere Runde des Blutvergießens einläuten. Sprecher der Regierung

äußerten bereits Befürchtungen, daß Familienangehörige prominenter PPP-Politiker die nächsten Opfer solcher Revanchemorde sein könnten. Auch der Personenschutz führender Regierungsmitglieder wurde erheblich verstärkt. Wer es sich leisten kann, evakuierte seine Familie in sichere Gefilde.

Das abgelaufene Jahr, in dem der politischen Gewalt 2.052 Menschen zum Opfer fielen, geht als vorläufig blutigstes Kapitel in die Stadtgeschichte Karachis ein. Auch der Beginn des neuen Jahres läßt nichts Gutes ahnen: Allein in der ersten Woche starben bei mehreren Bombenattentaten auf Busse mehr als 30 Menschen.

Informationsaustausch mit Indien über Atomanlagen

Als vertrauensbildende Maßnahme haben Pakistan und Indien am Neujahrstag Informationen über den aktuellen Entwicklungsstand ihrer Atomanlagen ausgetauscht. Wie Sprecher beider Außenministerien berichteten, wurden die Daten zeitgleich in Islamabad und Neu Delhi über diplomatische Kanäle der anderen Seite ausgehändigt. Dieser jährlich stattfindende Informationsaustausch geht auf eine entsprechende Regierungsvereinbarung beider Länder vom Dezember 1988 zurück, die Premierministerin Benazir Bhutto während ihrer ersten Amtszeit mit ihrem damaligen Amtskollegen Rajiv Gandhi aushandelte. Das Abkommen sieht außerdem einen beiderseitigen Verzicht auf militärische Schläge gegen Nuklearanlagen im Kriegsfall vor. Angesichts der angespannten Lage zwischen den beiden Nachbarländern ist das jährliche Ritual des Informationsaustausches für die Regierungen in Islamabad und in Neu Delhi immer auch ein Lackmустest, ob sich die Gegenseite auch an die Bestimmungen dieses zweiten Teils des Abkommens nach wie vor gebunden fühlt.

Im Vorfeld der diesjährigen Zeremonie hatte die pakistanische Regierung dem Nachbarland vorgeworfen, Atomtests vorzubereiten. Ein Sprecher des Außenministeriums in Islamabad warnte die Regie-

rung in Neu Delhi vor einem solchen Schritt mit den Worten "jeder Atomtest Indiens gefährdet den Frieden und die Stabilität in der Region". Die jüngste Krise in den bilateralen Beziehungen wurde durch einen Bericht der 'New York Times' ausgelöst, die Mitte Dezember meldete, daß Spionagesatelliten der USA in einem Testgebiet in der Wüste Rajasthan Aktivitäten aufgezeichnet hätten, die auf eine mögliche Vorbereitung von Atomtests schließen ließen.

SAARC-Abkommen ratifiziert

Die pakistanische Regierung hat Anfang Dezember ein im Rahmen der letzten Gipfelkonferenz der SAARC-Länder in Delhi vereinbartes Abkommen zum Abbau von Handelsströmen innerhalb der südasiatischen Staatengemeinschaft unterzeichnet. Gemäß den Bestimmungen des 'South Asian Preferential Trading Agreement' (SAPTA) senkt Islamabad für insgesamt 38 Güter, die aus den übrigen Mitgliedsstaaten importiert werden, die Zolltarife. Die Einfuhrerleichterungen gelten beispielsweise für Kunststoffasern, Gewürze, Lederartikel, Chemikalien und Medikamente. Während die Zollabgaben für Importe aus Bhutan, Nepal, Bangladesch und den Malediven um 15 Prozent sinken, wird gegenüber Einfuhren aus Indien und Sri Lanka ein lediglich zehnpromzentiger Rabatt gewährt. Dennoch löste der bevorzugte Status von Indien angesichts der angespannten politischen Lage zwischen beiden Ländern heftige öffentliche Kritik aus, ungeachtet der Tatsache, daß Delhi im Gegenzug sogar für 106 Güter die Tarife senkt. Die Aufregung ist auch angesichts des geringen Volumens der Importe aus den südasiatischen Nachbarländern überzogen: 1994 erreichten die Einfuhren aller SAARC-Staaten einschließlich Indiens nach Pakistan zusammengenommen den Gegenwert von bescheidenen 138 Millionen US-Dollar.

Anschlag auf ägyptische Botschaft

Ein zweiköpfiges Selbstmordkommando hat am 19. November in Islamabad auf die diplomatische Vertretung Ägyptens einen Sprengstoffanschlag verübt. Dabei starben 18 Menschen, darunter sehr wahrscheinlich auch die Attentäter; 60 weitere Personen erlitten zum Teil schwerste Verletzungen. Die beiden

Terroristen durchbrachen nach Polizeiangaben mit einem mit Sprengstoff beladenen Kleinbus das Tor zum Botschaftsgelände, bevor das Fahrzeug samt Insassen detonierte. Der Gebäudetrakt wurde durch die Wucht der Explosion vollständig zerstört. Unmittelbar nach dem Attentat trafen von drei in Kairo ansässigen extremistischen islamistischen Organisationen Bekenner-schreiben ein. Was auf den ersten Blick wie eine innerägyptische Angelegenheit aussieht, werten Beobachter vor Ort auch als Racheakt gegen die in jüngster Zeit von der Bhutto-Regierung praktizierten Abschiebungen gesuchter islamistischer Terroristen in ihre arabischen Heimatländer. Bislang hat Islamabad rund 2.000 arabische Afghanistan-Veteranen des Landes verwiesen, die vor allem rund um Peshawar und in diversen islamischen Universitäten Unterschlupf gesucht haben. Nach der Unterzeichnung eines Auslieferungsabkommens mit Kairo im Jahr 1994 war davon kürzlich erstmals auch eine Gruppe von zwölf prominenten ägyptischen Islamisten betroffen.

Die pakistanischen Behörden reagierten auf das Attentat mit einer großangelegten Razzia im afghanischen Flüchtlingslager von Jallozai unweit von Peshawar, das während des Afghanistankrieges als Hochburg arabischer Freiwilliger galt. Wie die Wochenzeitung 'Friday Times' berichtete, setzten die rund 2.000 Mann starken paramilitärischen Einheiten bei dieser Aktion auch gepanzerte Fahrzeuge ein. Insgesamt wurden sieben Pakistani, darunter vier Ehefrauen ägyptischer Einwanderer, und zwei Ägypter verhaftet. Alle Verdächtigen sind inzwischen wieder auf freiem Fuß.

Im Punjab holte die Provinzregierung zwei Tage nach dem Anschlag von Islamabad in Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden zum großen Schlag gegen die heimische Szene gewaltbereiter islamistischer Gruppierungen aus: Innerhalb von 24 Stunden verhafteten Sicherheitskräfte 200 Führer und Aktivisten der vier gefährlichsten militanten Organisationen 'Sipah Sahaba Pakistan' (SSP), 'Sipah Mohammed Pakistan' (SMP), 'Jamiat-e-Ulema-e-Islam' (JUI) und 'Tehrik-e-Jafria Pakistan' (TJP). Unter den Inhaftierten befanden sich auch die SSP-Chefs und Abgeordneten des Lahorer Landtags, Azam Tariq und Zia-ur Rehman Farooqi. Seit dem jüngsten Regierungswechsel im Punjab (siehe auch Südasien 7/8-95) gehören die

beiden Politiker als Koalitionspartner der umgebildeten PPP-PML(J)-Provinzregierung an.

Die neue harte Gangart gegenüber den Islamisten unter dem Eindruck des Attentats spiegelt sich auch in einem Urteil eines Gerichts in Karachi, das am 27. November gegen 13 SSP-Aktivisten, denen ein Mörder an 27 Schiiten zur Last gelegt wurde, die Todesstrafe verhängte.

Die in einem Dachverband namens 'Milli Yakjehti Council' (MYC) zusammengeschlossenen islamistischen Parteien drohten der Bhutto-Regierung wegen ihrer "anti-islamischen Politik", wie es hieß, umgehend mit blutiger Rache und einer öffentlichen Protestkampagne. Eine erste zentrale Kundgebung der MYC am 30. Dezember in Rawalpindi verlief unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen weitgehend friedlich.

Bombenanschlag im Bazar von Peshawar

Bei der Explosion eines 30-Kilo-Sprengsatzes in einer belebten Geschäftsstraße von Peshawar sind am 21. Dezember 65 Menschen getötet und rund 250 weitere verletzt worden. Die mit einem Zeitzünder versehene Bombe war nach ersten Ermittlungen in einem Auto versteckt, das unmittelbar vor dem Eingang eines mehrstöckigen Einkaufszentrums parkte. Durch die Detonation explodierten die Tanks von mindestens zwanzig weiteren Fahrzeugen, so daß nach Augenzeugenberichten in Sekundenbruchteilen der gesamte Straßenzug in Flammen stand. Unter den Opfern des blutigsten Terroranschlags seit drei Jahren in der Provinzhauptstadt der NWFP sind auch eine Tochter und zwei Enkel des Provinzgouverneurs Khurshid Ali Khan, die Tochter eines Landesministers sowie zwei Polizisten.

Da die Bombe in einem Bus hochging, der einem afghanischen Unternehmen gehörte, werden in Pakistan afghanische Fraktionsstreitigkeiten als Hintergrund des Anschlags vermutet. Die Spuren der Täter deuten jedenfalls nach Angaben der ermittelnden Behörden in Richtung Afghanistan. Regierungsmitglieder in Islamabad machen inzwischen offen die Kabuler Regierung für das Blutbad von Peshawar verantwortlich. Zwei dringend tatverdächtige persischsprachige Männer, die in Untersuchungshaft sitzen, sollen Mitarbeiter des afghanischen Geheimdienstes Khad sein. Schon

kurze Zeit nach der Tat sperrte die Polizei die Metropole tagelang für Afghanen, die man mit Straßensperren und Fahrzeugkontrollen am Betreten des Stadtgebiets hinderte. Auch die Razzien, wobei mehr als 60 Menschen festgenommen wurden, richteten sich überwiegend gegen Afghanen.

Peshawar war während des Afghanistan-Krieges gegen die sowjetischen Besatzungstruppen (1979-89) das Hauptquartier der afghanischen Mujahedin. Sie unterhalten dort bis heute Büros. In den letzten Monaten waren in Peschawar mehrere prominente Afghanen ermordet worden. Darunter befanden sich mit Rahim Wardak und dem ehemaligen General Katawazi zwei Personen, die von der UNO als Kommandeure einer künftigen Polizeitruppe in Kabul ins Gespräch gebracht worden waren, die unter dem Befehl eines Allparteienrates die Mudshahedin entwaffnen soll.

Attentate auf Busse im Punjab

Bei einem Bombenattentat auf einen Linienbus sind am 26. November unweit der nordpunjabischen Industriestadt Sialkot drei Menschen getötet worden. Wie aus pakistanischen Zeitungsberichten hervorgeht, besaß der Sprengsatz einen Zeitzünder. Wenige Tage zuvor, am 18. November, starb bei einem ähnlichen Terroranschlag in der gleichen Region ein weiterer Busreisender. Über mögliche Täter oder Motive wurde bislang nichts bekannt. Ein Zusammenhang mit den Anschlägen von Islamabad oder Peshawar wird von den Behörden jedoch ausgeschlossen.

Drogenboß stellt sich

Der prominente pakistanische Drogenbaron Haji Ayub Afridi, der als einer der führenden Köpfe im internationalen Heroinhandel gilt, hat sich im Dezember überraschend den US-Behörden gestellt und sitzt derzeit in New York in Untersuchungshaft, wie die in Lahore erscheinende 'Friday Times' berichtete. Offenbar entschloß sich Afridi nach Verhandlungen mit Drogenexperten der amerikanischen Botschaft dazu, seinen festungsähnlich ausgebauten Wohnsitz am Khyber-Paß aufzugeben und über Afghanistan nach Dubai auszureisen. Dort wurde er von amerikanischen Sicherheitsbeamten in Empfang genommen und nach New York ausgeflogen. Über die Hintergründe der

ebenso spektakulären wie rätselhaften Aktion kursieren die wildesten Gerüchte. Tatsache ist, daß die Bhutto-Regierung insgesamt fünf Haftbefehle gegen den Ex-Parlamentarier ausstellte. Insider berichten außerdem, daß die paramilitärische 'Anti Narcotics Force' (ANF) in den letzten Monaten in der Umgebung des Afridi-Domizils verstärkte Präsenz zeigten. Afridis Name wurde auch im Zusammenhang mit der Entführung eines Schwagers des Bhutto-Ehemanns Asif Ali Zardari genannt, was ebenfalls die plötzliche Reiselust des über 60jährigen Seniors erklären könnte. Während des Afghanistankrieges galt Ayub Afridi als einer der Schlüsselfiguren im Transportgeschäft mit amerikanischen Waffenlieferungen für die Mujahedin.

200 Tonnen Drogen vernichtet

Der britische Innenminister Michael Howard hat Anfang Januar im Rahmen eines dreitägigen Pakistanbesuchs mehr als 200 Tonnen zur Vernichtung freigegebene Drogen angezündet. Wie die amtliche Nachrichtenagentur APP meldete, verbrannten bei der Aktion in der kleinen Garnisonsstadt Attock 205 Tonnen Haschisch und 159 Kilogramm Heroin. Die Drogen waren im vergangenen Jahr von Zoll, Polizei und Drogenfahndern sichergestellt worden. Um die Eindämmung des internationalen Drogenhandels ging es auch bei den Gesprächen Howards mit seinem Amtskollegen Naseerullah Babar und Premierministerin Bhutto.

77 Sklaven befreit

Aufgrund des Hinweises einer Menschenrechtsorganisation hat die Polizei im ländlichen Sindh im Distrikt Sanghar 77 Landarbeiter befreit, die von ihrem Grundherrn wie Leibeigene gehalten wurden. In Presseberichten heißt es, daß einige der Arbeiter in Ketten und Fesseln auf den Feldern Frondienst

leisten mußten. Die Polizei verhaftete zwei Gutsverwalter, der Landlord selbst konnte rechtzeitig fliehen. Der Bruder des Feudalherren sei ein ranghoher Polizeibeamter im Distrikt, hieß es dazu erklärend. Einige der befreiten Schuldknechte berichteten den Journalisten, daß sie fünf Jahre zuvor von einem anderen Gutsbesitzer für umgerechnet 2.800 Mark an ihren jetzigen Herrn verkauft worden seien.

FORUM

entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

-Die Zeitschrift des BUKO-

Unser aktuelles **Schwerpunktthema** (Nr.197/98/95):

Welternährung- Der Weg in den Hunger

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen
Tel. 0421-32 51 56, Fax 33 78 177
PGA Hamburg, Sonderkonto FORUM
BLZ 200 100 20
Konto 66 69-209